

AKW-Bauschutt wird deponiert

Umweltminister weist Müll aus Kernkraftwerken Entsorgungsbetrieben in Lübeck und Ostholstein zu – und stößt auf Widerstand

Von Kay Müller

KIEL Jan Philipp Albrecht greift zum letzten Mittel. „Am Ende müssen wir für die Entsorgung des Abfalls sorgen“, sagt der Umweltminister – und meint damit die 50 000 Tonnen des sogenannten frei gemessenen Mülls aus den drei Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein. Jetzt hat er die ersten 18 000 Tonnen aus dem Atomkraftwerk Brunsbüttel den Deponien in Lübeck-Niemark und Johannistal (Kreis Ostholstein) zugewiesen, die den Müll bis Ende 2022 aufnehmen müssen. Ab April könnten erste Transporte rollen. „Wenn in dem Kreis, in dem das Kraftwerk steht, keine Entsorgung möglich ist, muss eine abfallrechtliche Zuweisung erfolgen“, sagt der Grünen-Politiker. Sonst entstünden illegale Deponien.

Albrecht ist wichtig, dass es sich bei dem Schrott aus den Kraftwerken nicht um Atom-müll handelt. „Das ist ganz normaler Abfall, nur dass er aus einem Kernkraftwerk kommt.“ Dabei handelt es sich um Bauschutt, Isoliermaterial oder Elektrogeräte, die nicht recycelt werden können, wie es bei 90 Prozent des Abfalls der Fall ist, der beim Rückbau anfällt (siehe Grafik). Der

Müll wird frei gemessen, was bedeutet, dass die Umwelt mit nicht mehr als 10 Mikrosievert pro Jahr belastet wird. Die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland betrage im Mittel 2100 Mikrosievert pro Jahr, sagt der Leiter der Atom-aufsicht, Jan Backmann. „Es gibt keine Gefährdung von Menschen durch die Abfälle“, ergänzt Albrecht. Vertreter von Anti-Atom-Initiativen be-streiten das.

Albrecht und sein Vorgänger Robert Habeck haben seit Jah-ren versucht, eine Einigung zwischen Kernkraftwerksbetreibern, Bürgerinitiativen und Deponien darüber zu erzielen, wo der Müll hin soll. Das hat al-lerdings nur in Wiershop (Herzogtum Lauenburg) geklappt, wo die lokale Deponie den Ab-fall aus dem abgeschalteten Kernkraftwerk Krümmel auf-nimmt – allerdings auch nur den. „Das ist ein Erfolgsmodell, das bundesweit einzigartig ist“, sagt Albrecht, der hofft, dass das auch an anderen Standor-ten in Schleswig-Holstein funk-tionieren kann.

Allerdings weiß er auch, dass es überall erhebliche Wider-stände gegen die Deponierung des Mülls gibt. In Harrislee bei Flensburg, wo es aus Sicht des Ministeriums ebenfalls eine

potenziell geeignete Deponie gibt, hatte sich eine Bürgerini-tiative gegründet, die weiter aktiv bleiben will. „Der Be-schluss ist kein Grund zur Freu-de. Grundsätzlich ist es unver-antwortlich, radioaktive Abfälle auch mit einer sehr geringen Radioaktivität über die konven-tionelle Abfallwirtschaft zu ent-sorgen“, sagt Angela Wolff von der Bürgerinitiative Atom-müll der Bürgerinitiative Stopp Harrislee. „Wir sind solidarisch mit den Menschen in Lübeck und Ost-holstein.“ Harrislee ist genauso

wenig wie die Deponie in Gro-ßenaspe (Kreis Segeberg), die einen Entsorgungsvertrag mit dem Kreis Dithmarschen hat, aus dem Rennen. In einem zweiten Schritt wären sie ab En-de 2022 potenziell geeignet, weiteren Müll aus den Kern-kraftwerken aufzunehmen, so Albrecht. Ausschlaggebend für die jetzt beabsichtigte Zuwei-sung an die Deponien Niemark und Johannistal sei „der breite Katalog der zugelassenen Abfallarten, die geeigneten technischen Umsetzungsmög-lichkeiten, aber auch deren ver-fügbares Restvolumen“ ge-wesen, so der Minister, der gerichtliche Auseinanderset-zungen nicht ausschließt, die die Deponierung des Abfalls verzögern könnten.

Ummut löst die Zuweisung auch in der Gemeinde Gre-mersdorf aus, in der die De-ponie Johannistal liegt. „Wir sind nicht glücklich über die Zuweisung des Schutts“, sagt Bürgermeister Henning Pries (CDU). Auch wenn von dem Material keine Gesundheitsge-fahr ausgehe, Sorge er sich um den möglichen Schaden durch irrationale Ängste. „Wir wer-den prüfen, ob die Zuweisung rechtssicher ist“, sagt Axel Gut-mann, Geschäftsführer des De-poniebetreibers. Für ihn sei im-

mer klar gewesen, dass er den Müll nicht will. „Und dabei bleibt es auch.“

Auch in Lübeck gibt es Pro-test. Dort hatte die Bürger-schaft einen Beschluss gefasst, den Müll nicht in der Deponie aufnehmen zu wollen. Umwelt-senator Ludger Hinsen sagt jetzt: „Wir werden den Entwurf aus dem Ministerium mit Hilfe einer externen Rechtsanwalts-kanzlei überprüfen und dazu kritisch Stellung nehmen.“

Die Entsorgung sowie die Gutachten des Landes, die die Eignung der Deponien belegen sollen, müssen die Betreiber der Kernkraftwerke bezahlen. Das Land sei verpflichtet, regio-nale Entsorgungen zu nutzen, sagt Jan Backmann. „Wir sind darauf angewiesen, dass die Ab-fälle deponiert werden, weil uns die Lagerflächen am Kraftwerk auszugehen“, sagt Barbara Meyer-Bukow vom Brunsbütteler Kraftwerksbetreiber Vattenfall. „Es besteht sonst die Gefahr, dass der Rückbau ins Stocken gerät.“

Das will auch Albrecht unbe-dingt verhindern. „Ich verstehe jeden, der Müll aus Kernkraft-werken nicht in seiner Nähe ha-ben will, aber er muss ja irgend-wo hin.“

> Weitere Infos: www.schleswig-holstein.de/akw-rueckbau.de.

ABFÄLLE aus AKW-Abbau



Zahlen in Prozent
shz-GRAFIK



shz-GRAFIK: YALIM